

## Ratsfraktionen vereinigt

Die bisherige Ratsfraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe Hannoversche Linke haben sich zur gemeinsamen Ratsfraktion DIE LINKE zusammengeschlossen. Mit zusammen vier Ratsherren sorgt sie jetzt für eine schlagkräftige Opposition im Rat.

☛ Seite 7

## Naturbad Hainholz bleibt geschlossen

Bezirksratspolitiker aus SPD und CDU sind verantwortlich dafür, dass das Hainhölzer Naturbad bei bestem Badewetter geschlossen ist. DIE LINKE hat als einzige dagegen gestimmt, dass die Politiker das Bad betreiben dürfen.

☛ Seite 2

## ARGE oder Optionskommune?

DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass die Betreuung von Erwerbslosen weiterhin von Arbeitsagentur und Region Hannover gemeinsam durchgeführt wird. Das sogenannte Optionsmodell, bei dem die Region alleine dafür verantwortlich wäre, stößt dagegen auf Ablehnung.

☛ Seite 3

# Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT  
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

**DIE LINKE.**

Fraktionen in der Region Hannover

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**



Sie halten eine neue Ausgabe des Roten Fadens, der gemeinsamen Zeitung unserer Regions- und Ratsfraktion in der Hand. Trotz Som-

merpause, denn die Politik macht keinen Urlaub. Die Finanzkrise ist deutlich spürbar, im hannoverschen Rathaus herrscht Ratlosigkeit angesichts der Haushaltslage. Es besteht die akute Gefahr, dass diese Stadt „kaputt gespart“ wird. Dagegen wird DIE LINKE Widerstand leisten, jetzt nunmehr mit einer vierköpfigen Fraktion. Oliver Förste, Ludwig List, Frank Nikoleit und ich versprechen Ihnen als Ratsfraktion einen heißen Herbst! Mit uns wird es keinen weiteren Sozialabbau in dieser Stadt geben! Gemeinsam mit der Regionsfraktion bleiben wir dran an den Themen soziale Stadt, Altlasten, Antirassismus und für einen Sozialpass, der diesen Namen auch verdient, einheitlich für alle BewohnerInnen von Stadt und Region.

Die „Baustellen“ in der Landeshauptstadt sind vielfältig, vielfältig und fantasie reich muss darum auch der Kampf um ein sozialeres Hannover organisiert werden. Die Anhebung vieler Gebühren war erst der Anfang, die Weigerung der Ratsmehrheit, den Hannover-Aktiv-Pass zu erweitern, kann so nicht stehen bleiben. Nach wie vor verlangen beide Fraktionen deutliche Preissenkungen für den Zoeeintritt, nach wie vor werden wir uns einsetzen für die Abschaffung der Stromabschaltungen durch enercity. Es gibt viele Maßnahmen, die kein oder nur wenig Geld kosten, allein der politische Wille fehlt. Die Abgeordneten der LINKEN werden auch in der zweiten Hälfte des Jahres ein verlässlicher Partner all derer sein, die für soziale Gerechtigkeit eintreten. Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr Michael Hans Höntsch

**POLITIKER GEHEN MIT NATURBAD  
HAINHOLZ BADEN**

**Wir schreiben Juni 2010, Schulferien bei bestem Sommerwetter, und alle hannoverschen Schwimmbäder sind zum Bersten gefüllt. Alle Schwimmbäder, bis auf eins: das Naturbad Hainholz.**

■ Grund für die Schließung des Naturbades zur besten Badesaison ist eine vom Gesundheitsamt festgestellte Verunreinigung mit gefährlichen Bakterien. Verantwortlich dafür ist eine von der Stadt als Betreiber des Bades eingesetzte Unternehmungsgesellschaft mit dem Geschäftsführer Detlev Schmidt-Lamontaine, der gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtbezirksrat Nord ist. Eigentlich hatte die Stadt geplant, das Naturbad Hainholz durch eine Genossenschaft betreiben zu lassen, der sich auch viele Mitglieder der LINKEN angeschlossen haben. Trotz massiver Unterstützung durch Gewerbebeauftragte der Stadt ist es dem Vorstand der Genossenschaft in Gründung aber nicht gelungen, diese beim Genossenschaftsverband eintragen zu lassen. Zum Vorstand der Genossenschaft in Gründung gehört neben Detlev Schmidt-Lamontaine auch der Fraktionsvorsitzende der CDU Im Bezirksrat Nord, Manfred Kalesse, und das Bezirksratsmitglied Thomas Klapproth (CDU). Diese drei Personen sind jetzt als Unternehmungsgesellschaft Betreiber des Naturbades.

**Privatisierung auf Kosten der BürgerInnen**

Den entsprechenden Ratsbeschluss hat die Ratsversammlung mit den Stimmen aller Fraktionen außer der LINKEN gefällt, obwohl das Bad zu der Zeit schon geschlossen war. Ein Antrag der LINKEN, das Bad zunächst wieder von der Stadt betreiben zu lassen und es dann in zwei Jahren an die Genossenschaft zu vergeben, wurde dagegen

abgelehnt. Der linke Ratsherr Oliver Förste warnte im Rat und vorher bereits im Bezirksrat Nord davor, den Betrieb des Bades an die Kommunalpolitiker zu vergeben: „Anscheinend sind die Betreiber, denen jetzt das Na-



Zumindest im Scheitern konsequent - die Öffentlichkeitsarbeit des Naturbades

turbad überlassen wird, aufgrund mangelnder praktischer Erfahrung gar nicht in der Lage, einen dauernden Badebetrieb überhaupt zu gewährleisten. Außerdem hat es ein ‚Geschmäcke‘, wenn die Ratsmitglieder hier ihren eigenen Lokalpolitikern ein Geschäftsfeld zuschanzen.“ DIE LINKE fordert weiterhin, dass die Stadt zunächst das Bad wieder betreibt, damit die Hainhölzer BürgerInnen und vor allem die Kinder dort wieder schwimmen gehen können. „Ansonsten wird das Naturbad Hainholz ein schlechtes Beispiel misslungener Privatisierung auf Kosten des Sports und der Bürgerinnen und Bürger“, prophezeit Oliver Förste.



Absurd: Geschlossenes Freibad im Sommer

## LINKE LEHNT DIE KOMMERZIALISIERUNG DES RETTUNGSDIENSTES AB

Das Drama um den Rettungsdienst in der Region Hannover geht in die nächste Runde: Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) hat Widerspruch gegen den Beschluss der Regionsversammlung eingelegt, die bisher Beauftragten auch weiterhin durch einen Vertrag direkt zu beauftragen. Durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) sei die Region Hannover zu einer europaweiten Ausschreibung gezwungen, so seine Begründung.

■ Seit Jahren sind die Rettungsdienstleistungen auf dem Gebiet des alten Landkreises Hannover an Träger wie das Rote Kreuz vergeben. Dabei gehen professioneller Rettungsdienst und ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz Hand in Hand. Neben den Beschäftigten engagieren sich etwa 1.000 Ehrenamtliche in diesem Bereich der Hilfsorganisationen. Die Beschäftigten befürchten zu Recht, dass bei einer Ausschreibung und anschließender Vergabe an gewinnorientierte private Anbieter

mit Niedriglöhnen ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind. Daher hat DIE LINKE in Absprache mit ver.di immer die Forderung nach einer weiteren direkten Vergabe unterstützt. Dazu kommt, dass sich der Regionspräsident irrt: Das Urteil des EUGH hat mitnichten eine Ausschreibungspflicht zur Folge. Vielmehr müssen die Direktvergaben nur angemessen veröffentlicht werden. Auch das niedersächsische Oberverwaltungsgericht sieht dies in einer Stellungnahme so.

Dies alles wäre kein Problem, wenn SPD, CDU, und FDP im Bundestag nicht seit Jahren blockieren würden, dass der Rettungsdienst als Aufgabe der hoheitlichen Gewalt definiert wird. Vielleicht liegt es ja daran, dass der fachpolitisch Verantwortliche der



FDP zu diesem Thema selbst einen privaten Rettungsdienst betreibt? Zutrauen wäre es der Mövenpickpartei. DIE LINKE in der Regionsversammlung hat mit allen anderen Mitgliedern der Regionsversammlung den Widerspruch des Regionspräsidenten zurückgewiesen. Jetzt ist die Landesregierung am Zug sich zu äußern: Das Land hätte die Möglichkeit im Niedersächsischen Rettungsdienstgesetz die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um der Kommerzialisierung des Rettungsdienstes einen Riegel vorzuschieben. Als letzte Option bleibt eine geordnete Überführung des Rettungsdienstes in die öffentliche Hand durch eine Kommunalisierung. Die Retterinnen und Retter haben anständige Löhne und Arbeitsplatzsicherheit verdient!

gegenüber. Befürwortet wird die Einführung des Optionsmodells in der Region Hannover dagegen von CDU, FDP und Grünen.

## OPTIONSKOMMUNEN ODER ARGE?

### Gute Betreuung von Erwerbslosen muss im Mittelpunkt stehen

Vor zwei Jahren hat das Bundesverfassungsgericht die Arbeitsgemeinschaften aus Agentur für Arbeit und Kommunen, kurz ARGE n für verfassungswidrig erklärt. Bis Ende 2010 muss der Bundestag eine verfassungskonforme Organisation der Arbeitsagenturen beschließen. Die Regionsversammlung ist ebenfalls gefragt, ob in der Region Hannover die ARGE weitergeführt oder die Region die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen eigenständig als Optionskommune übernehmen wird.

■ DIE LINKE in der Region Hannover hat auf einer Versammlung des Kreis Ausschusses einstimmig die Einführung des Optionsmodells abgelehnt und die Regionsfraktion beauftragt, sich dementsprechend in die Diskussion einzubringen. So berechtigt die Kritik an der Politik der Bundesagentur auch ist, würde mit der weiteren Kommunalisierung der Arbeitsagenturen dem Ziel gleicher Lebensbedingungen in allen Teilen



Deutschlands weiter entgegengewirkt. Zudem ist Erwerbslosigkeit ein bundespolitisches Problem, dessen Lösung nicht auf die kommunale Ebene delegiert werden darf. In der Arbeitsmarktpolitik würde zunehmend das Prinzip des Flickenteppichs gelten, möglicherweise mit einem Wettbewerb nach unten. Mittelfristig bestünde zudem die Gefahr, dass finanzielle Belastungen vom Bund auf die Kommunen abgewälzt werden. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sowie der DGB stehen dem Optionsmodell ablehnend

gegenüber. Befürwortet wird die Einführung des Optionsmodells in der Region Hannover dagegen von CDU, FDP und Grünen.

Die linke Regionsfraktion stellt aber noch weitergehende Forderungen auf. So müsse es eine Anlaufstelle geben, die komplett alle Bescheide ausstellt und gleichzeitig kompetente Ansprechpartnerin ist. Wichtig ist außerdem die Rechtssicherheit sowohl für die Erwerbslosen als auch für die Beschäftigten. Und statt schlecht bezahlter Ein-Euro-Jobs und anderen Zwangsmaßnahmen fordert DIE LINKE einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mit sozialversicherungspflichtigen Jobs und Löhnen von mindestens 1.300 Euro. Und natürlich gehört Hartz IV abgeschafft, weil es den Betroffenen keine bedarfsgerechte Grundsicherung gewährt, die Sanktionsmaßnahmen gegen sie unwürdig sind und Kommunen und Landkreisen eine immer stärkere Finanzlast auferlegt wird.

## FÖRDERSCHULMITTEL VERSINKEN IM ASBESTSUMPF Unendliche Skandalgeschichte geht weiter

Seit zwei Jahren versucht die Region Hannover, mit EU- und Regionsmillionen die Asbestschlammhalde in Wunstorf-Luthe abzutragen, weil die angrenzende Spedition Platz für einen Parkplatz und eine weitere Halle braucht. Diese öffentlichen Mittel zur Altlastensanierung fehlen dringend an anderen Stellen – zum Beispiel bei der Sanierung der radioaktiv belasteten Altlast am De-Haën-Platz, die die AnwohnerInnen zu drei Vierteln selbst bezahlen sollen.

■ In der Regionsversammlung Ende Juni haben alle Parteien mit Ausnahme der LINKEN beschlossen, nicht nur vier Mio. Euro EU-Mittel, sondern auch noch mal vier Mio. Euro aus Regionsmitteln für das Parkplatzprojekt zur Verfügung zu stellen – als Deckung sollen nicht verbrauchte Mittel für den Förderschulbereich dienen. Was für eine perfide Prioritätensetzung, über die sich sogar einige Regionsvertreter der anderen Parteien kurzfristig aufregten – bevor sie doch dem Gesamtprojekt zustimmten.

Die bisherige Skandalgeschichte um die Asbesthalde ist schon schwerlich zu toppen. In den 70er Jahren machte sich die Asbestfirma Fulgurit aus dem Staub, verscherbelte die Gebäude an Eternit und hinterließ eine unabgedeckte Asbestdeponie. Der frühere Landkreis Hannover und die ehemalige

Bezirksregierung hatten schlicht auf eine Rückstellung von Fulgurit für die Haldensanierung verzichtet. Als vor zwei Jahren die Fulgurit-Holding GmbH in Erwartung eines unmittelbaren Regionsbeschlusses vorzeitig die Halde abholzte und den Asbestschlamm freilegte, hielt sich die Regionsverwaltung vornehm zurück. Erst durch eine Initiative der Linksfraktion bequeme sie sich, zumindest eine Befeuchtung der Oberfläche und eine Teilabdeckung mit Planen vornehmen zu lassen.

DIE LINKE lieferte der Verwaltung und der Regionsversammlung ein Rechtsgutachten, in dem die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Haftung durch die milliarden schweren Fulgurit-Nachfolger aufgezeigt wurde. Diesen Weg will die Region aber nicht gehen. Inzwischen hat DIE LINKE ein zweites Rechtsgutachten vorgelegt, das zu zwei Aussagen kommt: Der Haldenabtrag in einem Stilllegungs- und Sanierungsvertrag mit der Fulgurit Holding GmbH ist rechtlich nicht möglich, denn dafür ist ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung notwendig. Und die vorgesehene Sanierungsweise entspricht in etlichen Punkten nicht dem Stand der Technik und ist daher nicht genehmigungsfähig. Punkte, auf die im Übrigen auch schon das Obergericht Lüneburg bei der gescheiterten Ablagerung in Lahe aufmerksam gemacht hatte. Schließlich gibt es

weiterhin Ungereimtheiten bei der Finanzierung. So entpuppt sich der Eigenbeitrag der Spedition als direkte Zuwendung von über 200.000 Euro, weil mit dem Haldenabtrag das sanierte Gelände zum Nulltarif an die Spedition überginge. Weil sie den Regionsbeschluss für rechtswidrig hält, hat DIE LINKE jetzt die Kommunalaufsicht angerufen, um den Vorgang zu überprüfen.

Wer nach logischen Gründen für den Regionsbeschluss sucht, muss scheitern. WunstorferInnen, die die Skandale um die Asbesthalde schon seit Jahrzehnten mitbekommen haben, halten vieles nicht für sauber. Sie sprechen von Parteispenden und anderen Maßnahmen zur „Pflege der politischen Landschaft“. Dr. Michael Braedt, umweltpolitischer Sprecher der linken Regionsfraktion, sprach auf der Regionsversammlung dazu Klartext: „Wenn Sie das heute beschließen und danach realisieren, werden wir ganz genau darauf achten, wer die Transportaufträge für den Asbestschlamm bekommt, wer den Auftrag für die landschaftliche Gestaltung und auf welchen Wert die Parkplatz-/Hallenfläche dann eingeschätzt wird. Ich hoffe im Interesse aller, dass der Besuch der Staatsanwaltschaft bei der Region in Sachen Gehrden keine Wiederholung im Falle der Asbesthalde findet.“

## FÜR DEN ERHALT VON ARBEITSPLÄTZEN UND QUALITÄT IM S-BAHNNETZ

Die Region Hannover schreibt gemeinsam mit der LNVG (Landesnahverkehrsgesellschaft) gegenwärtig den Betrieb des S-Bahnnetzes in der Region Hannover aus.

■ DIE LINKE hat als einzige gegen die Ausschreibung votiert und sich stattdessen für eine Direktvergabe an DB Regio, den jetzigen Betreiber, ausgesprochen. Denn DB Regio zahlt im Vergleich zu anderen teilprivatisierten Betrieben noch halbwegs vernünftige Löhne. Fraglich bleibt auch, was mit den Arbeitsplätzen der LokführerInnen und im Werkstattbereich passiert, wenn ein anderer Betreiber den Zuschlag bekäme. Gleichzei-

tig kritisiert der linke Regionsabgeordnete Stefan Müller aber auch die bisherige Un-

ternehmenspolitik des DB-Mutterkonzerns.

„Um Renditeversprechen für den Bund zu realisieren und den Börsengang vorzubereiten, werden vor allem die Einnahmen aus dem Regional- und S-Bahnverkehr genutzt. Die sind nur deshalb so hoch, weil die Aufgabenträger, wie die Region Hannover, überhöhte Besteller-Preise an DB Regio zahlen. Hier muss Abhilfe durch Verhandlungen statt durch Ausschreibungen und Lohndumping geschaffen werden.“



## TÖDLICHER UNFALL AUF CARLO-SCHMID-ALLEE Stadtverwaltung hatte Beschluss nicht umgesetzt

Am 17. Mai dieses Jahres wurde auf der Carlo-Schmid-Allee in Davenstedt ein 71-jähriger Mann von einem Motorrad erfasst und tödlich verletzt, als er die Straße überquerte. Dieser Unfall wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn die Verwaltung einen Beschluss des Bezirksrates zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges rechtzeitig umgesetzt hätte.

■ Bereits vor drei Jahren hatte der linke Bezirksratsherr Siegfried Seidel eine Fußgängerampel an der betreffenden Stelle

gefordert, der Bezirksrat entschied sich seinerzeit jedoch für einen kostengünstigeren Zebrastreifen. Die Verwaltung lehnte es aber ab, dort einen Zebrastreifen einzurichten, weil dieser auf der stark befahrenen Straße nicht sicher genug sei. Jetzt hat Siegfried Seidel erneut einen Antrag zur Einrichtung einer Fußgängerampel eingebracht. Die Dringlichkeit wurde von der Bezirksratsmehrheit jedoch abgelehnt, sodass darüber erst nach der Sommerpause entschieden wird. Der linke Bezirksratsherr kommentiert: „Ich finde es fatal, dass der Beschluss des

Bezirksrats nicht von der Verwaltung umgesetzt wurde. Damals wurde versprochen, zumindest die Verkehrssituation genauer im Auge zu behalten. Bis heute hat das jedoch zu keinerlei Konsequenzen geführt.“ Seidel hofft, dass der Bezirksrat sich diesmal für eine Fußgängerampel entscheiden wird. Die Gegner seines damaligen Antrags seien schließlich widerlegt worden, und man müsse jetzt endlich handeln, bevor dort weitere schwere Unfälle passieren.

## SPIELHAUS IN LINDEN-NORD ERHALTEN

Die Caritas plant beim Spielhaus in Linden-Nord massive Personalkürzungen. Die Stellen eines Sozialarbeiters und einer Erzieherin sollen um fast 50 Prozent reduziert werden. Von Seiten der Caritas heißt es, man sei nicht mehr in der Lage, das Angebot zu finanzieren.

■ Die NutzerInnen rechnen in der Folge mit einer Reduzierung der Öffnungszeiten des Spielhauses, das für Linden-Nord, einem Stadtteil mit zahlreichen Familien

mit Migrationshintergrund aber auch vielen von Armut betroffenen Familien, eine wichtige Anlaufstelle für Kinder ist. Dabei bietet die Einrichtung nicht nur Freizeit, sondern auch Bildungsangebote und Unterstützung für Familien. Zahlreiche Eltern und Vereine, die mit dem Spielhaus kooperieren, kämpfen deshalb gegen die Stellenreduzierung. Um die Proteste auch im Rat zu unterstützen hat DIE LINKE im Rat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Damit soll noch eine Kürzung der Personalstellen verhindert werden.

## KONTROVERSE UM VERKEHRSVERSUCH IN DER WIEHBERGSTRASSE

Fragen der Verkehrsführung und –sicherheit beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Döhren-Wülfel. Insbesondere der Verkehrsversuch in der Wiehbergstraße erregt die Gemüter.

■ Die eine Seite freut sich über die Sperrung der Straße für den Durchgangsverkehr, die andere Seite beklagt dagegen den Ausweichverkehr durch kleine Seitenstraßen. „Grundsätzlich steht DIE LINKE für eine verkehrliche Entlastung von Wohngebieten und eine stärkere Nutzung des ÖPNV. Wir werden deshalb jetzt erst einmal die Ergebnisse des Versuchs abwarten und dann über mögliche Maßnahmen diskutieren“, erläutert Manfred Milkereit, Bezirksratsherr der LINKEN. Die Ergebnisse dienen als Ausgangspunkt für

die dritte Ausbaustufe der Wiehberstraße. Die CDU im Stadtbezirksrat war in der letzten Bezirksratssitzung vom Populismus geleitet, indem sie zum Antrag, die Schilder sofort nach dem Verkehrsversuch abzubauen, einen verschärften Änderungsantrag stellte, aber keine weiteren vernünftigen Argumente liefern konnte. Letztlich sind sich alle Parteien im Bezirksrat einig, direkt nach dem Ende des Versuchs zügig die alte Verkehrsführung wieder herzustellen. Auch soll die Auswertung des Versuchs spätestens im September vorgelegt werden. „Ich hoffe dass die Zahlen uns gute Argumente liefern, damit wir dann auch eine vernünftige Entscheidung treffen können“, sagt der linke Kommunalpolitiker Manfred Milkereit.

## Aktion

Gemeinsam mit dem Hannoverschen Aero-Club bietet Thomas Grote, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtbezirksrat Nord, derzeit Kurse zum Bau von Modellflugzeugen an.

Seit Anfang Mai bastelt eine Gruppe von insgesamt zehn Kindern aus dem Stadtteil Hainholz einmal in der Woche im Kinder



Thomas Grote, Bezirksratsherr DER LINKEN, ...

und Jugendhaus unter der Anleitung des erfahrenen Modellbauers Grote an den Freiflugzeugmodellen.

Nach der Sommerpause sollen die fertigen Flugzeugmodelle auf dem Gelände des Aero Clubs eingeflogen werden, bevor dann im Herbst auch an Wettkämpfen teilgenommen wird. Schirmherr des Projektes ist



... bringt Kindern im Stadtbezirk den Modellbau näher

der Stadtbezirksrat Nord, der neben privaten Spenden den Hauptteil der Finanzierung übernimmt.

## STREIT UM GROSSE BIOGASANLAGE BEI BURG DORF

Vor den Toren von Hülptingsen und unweit der Burgdorfer Südstadt wollen sieben Landwirte eine große Biogasanlage errichten. Diese müssen die Behörden im Gegensatz zu kleinen hofnahen Anlagen genehmigen. Da eine baugleiche Großanlage in Ronnenberg bei entsprechender Windrichtung noch in rund vier Kilometern Entfernung zu riechen ist, regt sich massiver Widerstand gegen das Vorhaben. Die KritikerInnen haben es jedoch nicht leicht, denn die Bauern haben einen großen Einfluss, und die Stadt spekuliert auf hohe Gewerbesteuereinnahmen. Man sei in Hülptingsen massivem sozialen Druck ausgesetzt, sagt eine Kritikerin der Anlage, die nicht mit Namen genannt werden möchte. In der Burgdorfer Südstadt beginnt sich das Thema erst langsam herumsprechen.

Im Rat der Stadt hat sich nur DIE LINKE gegen das Vorhaben ausgesprochen. Ratsherr Michael Fleischmann hat im Prinzip nichts gegen Biogasanlagen einzuwenden, mahnt aber einen passenden Standort fernab der

Wohnbebauung an. Die anderen Parteien waren zu Beginn optimistisch, das Projekt wie geplant durchziehen zu können – vorneweg die CDU, deren Parteichef ein Vermittlungsbüro für Arbeitskräfte von Biogasanlagen betreibt. Mittlerweile sind die Ratsleute wegen der Bürgerproteste aber etwas vorsichtiger geworden. Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, wer im Dorf wohne, müsse mit Landgeruch leben. „Das ist zynisch“, kontert Michael Fleischmann. „Es ist ein großer Unterschied, ob ich mir ein Haus neben einer Biogasanlage baue oder kaufe oder ob mir diese Anlage nachträglich vor die Tür gesetzt wird.“ AnwohnerInnen verweisen auf weitere Probleme, wie eine Monokultur aus



Das „Vorbild“: Die Biogasanlage in Ronnenberg riecht kilometerweit

Maispflanzen und den Anlieferverkehr. In sechs Wochen im Jahr sollen die Lastwagen Tag und Nacht die Biogasanlage ansteuern. Manche Biogasanlagen sein nach der Inbetriebnahme explodiert oder implodiert, warnen außerdem die Kritiker und machen auf Sicherheitslücken aufmerksam.

## Jugendplatz eröffnet



Südlich des Davenstedter Marktes im Fössegrünzug zwischen Davenstedt und Badenstedt ist jetzt ein Platz zum Abhängen für Jugendliche eröffnet worden. Die Anregung dafür ging von einer Befragung der Jugendlichen im Stadtteil aus, die vom linken Bezirksratsherren Siegfried Seidel veranlasst wurde. Das gut 700 m<sup>2</sup> große Gelände des Jugendplatzes ist mit einem offenen Schiffcontainer, Sitzbänken und einem Basketballfeld ausgestattet. Ein Steg über die Fösse soll noch folgen.

## Impressum

Herausgeberinnen:

**Fraktion DIE LINKE im Rat der  
Landeshauptstadt Hannover**

Leinstr. 16, 30159 Hannover  
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76  
www.linksfraktion-hannover.de  
Email: heidrun.tannenberga@  
hannover-rat.de

**Fraktion DIE LINKE in der Regions-  
versammlung Hannover**

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover  
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63  
www.dielinke-regionsfraktion.de  
Email: kontakt@die-linke-regionsfrak-  
tion.de

**Redaktion:**

Oliver Förste  
V.i.S.d.P.: Michael Höntsch  
Satz: Markus Hintze

## LINKE RATSFRAKTIONEN VEREINIGT

**Die Ratsfraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe Hannoversche Linke haben den Zusammenschluss perfekt gemacht.**

Die Ratsherren Michael Höntsch, Ludwig List, Oliver Förste und Frank Nikoleit werden in Zukunft eine gemeinsame Ratsfraktion mit Stimmrecht in den Ausschüssen bilden. Neuer Fraktionsvorsitzender der gemeinsamen Fraktion DIE LINKE wird Michael Höntsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der bisherige Gruppenvorsitzende Ludwig List. „Diese Einigung war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Kommunalwahl 2011“, betont Höntsch. „Ich danke allen sowohl im Kreis- als auch im Landesverband der Partei, die uns bei der Einigung unterstützt haben.“ Es gelte jetzt, nicht weiter zurück zu blicken, sondern gemeinsam vorwärtsgerichtet für eine starke linke Interessenvertretung der

HannoveranerInnen im Rat zu arbeiten. „Insbesondere das Thema soziale und kulturelle



Michael Hans Höntsch, (o.l.) Ludwig List (o.r.)  
Frank Nikoleit (u.r.) Oliver Förste (u.r.)

Teilhabe wird auch in Zukunft unser Schwerpunkt bleiben“, so der Fraktionsvorsitzende. „Ich bin froh, dass wir Themen wie Sozialtarife bei den Stadtwerken oder die Ausweitung des Sozialpasses jetzt auch mit mehr Gewicht in die Gremien einbringen können.“

Und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Luk List ergänzt: „Der Hannover Aktiv Pass soll deutlich verbessert werden, so wie es mit den Vertretern von Stadtjugendring, AWO, Diakonie und Caritas im Jugendhilfeausschuss abgestimmt wurde. Allen berechtigten Kindern und Jugendlichen soll ein kostenfreies Mittagessen in Kitas und Grundschulen garantiert werden, gering verdienende Eltern, vor allem allein Erziehende sollen von Zuzahlung befreit werden. Der nächste Sparhaushalt darf nicht auf dem Rücken sozial Benachteiligter abgewickelt werden und nicht zur Schließung sozialer und kultureller Einrichtungen führen. Der Staat, die Banken und Besserverdienende müssen zur Behebung der kommunalen Finanzkrise herangezogen und ein Rettungsschirm für Kommunen gesetzlich verankert werden.“

## BÜRGERARBEIT KEIN ERSATZ FÜR VOLLWERTIGE ARBEITSPLÄTZE

**Mit der sogenannten Bürgerarbeit will die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, Hartz-IV-EmpfängerInnen künftig in Arbeit bringen. Eines der Modellprojekte dafür will die sozialpolitische Sprecherin der SPD im Rat, Gudrun Koch, nach Hannover holen.**

Rund 700 Arbeitslose sollen beim Projekt Bürgerarbeit in Hannover 30 Stunden in der Woche arbeiten und dafür mindestens 900 Euro Monatslohn erhalten. Eingesetzt werden können sie unter anderem bei der Pflege von Parks, als Küchenhilfe im Kindergarten oder im Wachdienst. Mit dieser Maßnahme sollen Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gebracht und ihr Selbstbewusstsein gestärkt, tatsächlich aber vor allem die Arbeitslosenstatistik bereinigt werden. DIE LINKE im Rat spricht sich deshalb gegen die

Bürgerarbeit aus. Zum einen ist die Bezahlung mit nur 900 Euro brutto viel zu gering, und DIE LINKE fordert auch für diese Jobs einen ordentlichen Mindestlohn. Zum anderen verbleiben die Betroffenen unter dem Regime von Hartz IV und erhalten im Anschluss an ihre bis zu drei Jahre dauernden Jobs weiterhin nur Arbeitslosengeld 2 und nicht das wesentlich bessere Arbeitslosengeld 1.

### Betroffene bleiben abhängig von Hartz IV

„Deshalb ist die Bürgerarbeit eine Mogelpackung, die am Bedürfnis der Menschen nach sinnvoller Tätigkeit anknüpft, sie aber weiterhin im Teufelskreis von Hartz IV belässt“, betont Oliver Förste, sozialpolitische Sprecher der LINKEN im Rat. Außerdem ist das Angebot der Bürgerarbeit nicht etwa freiwillig,

sondern beruht auf einem Arbeitszwang, weil bei Ablehnung der Maßnahme die Streichung des Arbeitslosengeldes droht. Und schließlich besteht die Gefahr, dass dadurch reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst auf kommunaler Ebene weiter weg bricht. DIE LINKE fordert stattdessen eine repressionsfreie armutsfeste Grundsicherung sowie die Einrichtung eines öffentlich gefördertern Beschäftigungssektors mit einem Mindestlohn von 1.300 Euro brutto. Diese Jobs sollten auf Freiwilligkeit beruhen und im üblichen Rahmen sozialversicherungspflichtig sein, sodass die betreffenden ArbeitnehmerInnen, sollten sie keinen anderen Job finden, anschließend wenigstens Arbeitslosengeld 1 erhalten.

## KLAGESMARKT MUSS ERHALTEN BLEIBEN!

Mit dem Konzept „City 2020+“ plant die Stadt die Bebauung mehrerer städtischer Grundstücke, die zum Teil bisher öffentlich genutzt wurden. Darunter befindet sich auch der traditionell als Platz für Kundgebungen und Demonstrationen genutzte Klagesmarkt.

Die Linksfraktion im Rat lehnt eine Bebauung des Klagesmarktes grundsätzlich ab und fordert stattdessen eine Aufwertung des bisher als Parkplatz genutzten Teils



Für 1. Mai Kundgebungen auf dem Klagesmarkt...

durch die Anpflanzung von Bäumen und anderen Grünpflanzen. Durch die Bebauung des Klagesmarktes ginge nicht nur der traditionelle Festplatz für den 1. Mai verloren. Die räumliche Verdichtung würde weiter vorangetrieben, und die Möglichkeit, einen großen Platz für die Öffent-

lichkeit mit Leben zu füllen, wäre ver-

tan. Außerdem erfüllt er als Kaltluftschneise eine wichtige Funktion für das Stadtklima. „Der Klagesmarkt hat eine mehr als 600-jährige Geschichte unter



...sieht der Plan keinen Raum vor.

anderem als Marktplatz, Schützenplatz und Veranstaltungsort der gewerkschaftlichen 1. Mai-Kundgebungen“ betont Ratsherr Oliver Förste. „Mit der Bebauung würde die Stadt ihre eigene Geschichte entsorgen und den wichtigen öffentlichen Raum weiter zusammenschrumpfen. Dagegen wird DIE LINKE gemeinsam mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern Widerstand leisten.“

## POLIZEI GEHT MIT PLATZVERWEISEN GEGEN JUGENDLICHE VOR Kampf um den öffentlichen Raum in Hannover

In den vergangenen Monaten hat die Polizei in Hannover wiederholt Platzverweise gegen Jugendliche und junge Erwachsene ausgesprochen. Betroffen waren feiernde Jugendliche am Altwarmbüchener See und im Maschpark sowie Punks, die sich zu einem Treffen in Hannover verabredet hatten. Regelmäßig werden außerdem Platzverweise gegen Jugendliche ausgesprochen, die sich an den Wochenenden vor dem Disko-Besuch in der Innenstadt aufhalten.

Die linke Ratsfraktion kritisiert dieses Vorgehen der Polizei und hatte deshalb eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt. Ratsherr Oliver Förste verwies in seiner Rede auf das im Artikel acht des Grundgesetzes verbriefte Grundrecht der Versammlungsfreiheit, das nur zur Verhinderung von Straftaten eingeschränkt werden dürfe: „Wenn in der Innenstadt betrunkene Jugendliche bereits gewalttätig geworden

sind, mag es also gerechtfertigt sein, sie des Platzes zu verweisen. Aber ein pauschaler Verdacht gegen ganze Gruppen, wie zum



Der Maschpark lädt zum Feiern und Verweilen ein

Beispiel Punks, reicht keinesfalls aus, um dieses Grundrecht einzuschränken, nur weil man die falsche Kleidung und Haarfarbe trägt.“

Bei den Flashmobs von Jugendlichen am Altwarmbüchener See und im Maschpark wurde zur Begründung von massenhaften

Platzverweisen alleine die Vermüllung des Treffpunkts sowie das Wasserlassen in der Öffentlichkeit herangezogen. Das allerdings sind keineswegs Straftaten, sondern Ordnungswidrigkeiten, die genauso wie Falschparken allenfalls mit einer Strafgebühr belegt werden können. „Mit Ansammlungen von Jugendlichen gehen andere Städte im Übrigen viel besser um“, betonte Oliver Förste. Durch aufsuchende Sozialarbeit hat sich beispielsweise die Szene auf dem Göttinger Wilhelmsplatz merklich entspannt, die Zahl der Platzverweise ist dort von 340 auf 50 pro Halbjahr gesunken.

„Wir fordern also Sozialarbeiter statt Polizei. Denn der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, auch feiernden Jugendlichen, Bettlern, Drogenabhängigen, Punks und Nonkonformisten jeglicher Art. Die Innenstadt muss auch ein Ort zum feiern, demonstrieren oder einfach nur ’rumhängen bleiben“, so Förste.